



OLIVER KILLIG / MOMENTPHOTO (L.); D. LEBRIN/PHOTO NEWS/GAMMA/STUDIO X (R.)

Finanzminister Steinbrück, Kanzlerin Merkel mit Kommissionspräsident Barroso beim Antrittsbesuch im November in Brüssel

EUROPÄISCHE UNION

Heikle Mission

Mit politischem Druck und diplomatischen Finessen soll der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück die frischgebackene Koalitionsregierung in Berlin vor peinlicher Post aus Brüssel bewahren. Weil 2006 zum fünften Mal in Folge das deutsche Haushaltsdefizit über dem im Euro-Stabilitätspakt vereinbarten Limit liegen wird, droht eine Abmahnung durch die EU-Kommission. Damit verbunden könnten konkrete Sparauflagen und die Androhung einer milliarden schweren Geldstrafe sein. Bislang ist das nur Griechenland widerfahren. Die Regierung Schröder hatte sich, im November 2003, mit Unterstützung anderer hochverschuldeter EU-Partner erfolgreich gegen die Brüsseler Vorschriften gewehrt – dabei allerdings die

Glaubwürdigkeit des einst von Deutschland erzwungenen Stabilitätspakts schwer beschädigt.

Kanzlerin Angela Merkel will nun nicht gleich zu Beginn ihrer Amtszeit als Schulden-Queen vorgeführt werden. Ihr Emissär Steinbrück setzte immerhin vorige Woche in Brüssel einen Aufschub durch: Über die Behandlung der Haushaltsmisere soll nicht mehr im Dezember, sondern erst Ende Januar entschieden werden. Bis dahin steht Steinbrück eine heikle Mission bevor. Er soll Formulierungen für den Brüsseler Bescheid aushandeln, die den Stabilitätspakt nicht weiter aushebeln, die Deutschen aber auch nicht bloßstellen. Schließlich, so argumentierte Steinbrück in Brüssel, seien „Faktoren wie der hohe Ölpreis“, nicht aber „innenpolitische Versäumnisse“ schuld am deutschen Defizit. Flankierend setzt die Kanzlerin auf Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Ihn will sie selbst ansprechen und hofft dabei wohl auch auf ihren ganz persönlichen Bonus – denn vor allem Merkels Fürsprache verdankt der Portugiese seinen EU-Spitzenjob.

KROATIEN

Rückendeckung für Kriegsverbrecher

Telefonate mit Freunden und Verbündeten daheim sollen ihm zum Verhängnis geworden sein: Vergangenen Mittwoch wurde auf der Kanaren-Insel Teneriffa der seit 2001 untergetauchte mutmaßliche kroatische Kriegsverbrecher Ante Gotovina, 50, gefasst. Noch am Samstag sollte er an das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal überstellt werden. Möglicherweise war aber vor der Ergreifung längst alles klar, hatten doch zahlreiche kroatische Medien schon Monate zuvor spekuliert, der Gesuchte werde sich im Ausland festnehmen lassen, womöglich in Absprache mit dem Tribunal. Damit sollten sowohl Zagrebs Behauptung,

Gotovina befände sich nicht im Land, wie auch die umstrittene Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen im Nachhinein gerechtfertigt werden. Tatsächlich hatte der Gesuchte, der auch durch Asien, Lateinamerika und europäische Länder gereist sein soll, offenbar kaum Anstalten gemacht, sich auf Teneriffa zu verbergen oder sein Aussehen zu ändern. Gotovina, der für die Tötung von mindestens 150 serbischen Zivilisten sowie für Vergehen bei der Rückeroberung der von Serben kontrollierten kroati-

schen Region Krajina im Sommer 1995 verantwortlich gemacht wird, kann bei seiner Verteidigung auf Hilfe der Regierung hoffen, bestätigte Premier Ivo Sanader. Er stellte erneut klar, Kroatien habe einen Verteidigungskrieg geführt. Obwohl sich in Umfragen 47 Prozent der kroatischen Bevölkerung gegen eine Verhaftung des ehemaligen Fremdenlegionärs aussprachen, kam es nur zu vergleichsweise verhaltenen Demonstrationen. Doch kündigten Gotovina-Sympathisanten Massenproteste an. Sollte der

Widerstand nationalistischer Eiferer überschaubar bleiben, so hofft die Haager Chefanklägerin Carla Del Ponte, könnte dies Belgrad ermutigen, bis Jahresende die beiden letzten großen Fische auf der Fahndungsliste auszuliefern: General Ratko Mladić und den ehemaligen Serbenführer Radovan Karadžić.

Demonstration für Gotovina

